

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Nachricht. Wir begrüßen und unterstützen Ihre Aktion, die auf die Rechte von Kindern, Jugendlichen, Migranten und Flüchtlingen aufmerksam machen will. Leider stellt die Linkspartei.PDS keine/m Innenminister/in, so dass wir auch auf die IMK keinerlei Einfluss hatten.

Jede/r Asylbewerber/in kann potenziell ein Flüchtling sein und damit Anspruch auf Asyl haben. Der Umgang mit Asylbewerber/innen soll sich nicht an der potenziellen Abschiebung orientieren, sondern am möglichen Bleiberecht des Einzelnen. Die Konfrontation mit Illegalität, unsicherem Rechtsstatus und mangelnder Versorgung schwächt die Position des Flüchtlings, erschwert seine Integration und verhindert die Entfaltung seiner individuellen Potenziale.

Wir fordern:

- Den Schutz für Flüchtlinge vor Abschiebung entsprechend der internationalen Menschenrechtskonventionen. Die restriktive Anhörungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge muss ebenso beendet werden wie die neuerdings forcierte und durch das Zuwanderungsgesetz rechtlich gestützte Praxis der Widerrufsverfahren gegen anerkannte Asylberechtigte.
- Den Entscheidungen im Asylanerkennungsverfahren und über Abschiebeschutz müssen ergänzend zu den Lageberichten des Auswärtigen Amtes die Erkenntnisse des UNHCR, des UNHCHR und international anerkannter Menschenrechtsorganisationen zugrunde gelegt werden.
- Bereits in der Aufnahme, d.h. während des Asylverfahrens oder des temporären Aufenthalts, sollen Flüchtlinge Chancen auf eine spätere mögliche Integration in Deutschland erhalten. Voraussetzung dafür sind Integrationsprogramme für Flüchtlinge. Im Zuwanderungsgesetz vorgesehene Integrationsmaßnahmen sollen auch für Flüchtlinge Gültigkeit haben.

Die Situation von Geduldeten hat sich durch das Zuwanderungsgesetz nicht verbessert. Das Prinzip der Kettenduldungen wird beibehalten. Wird eine Abschiebung nach dem neuen Zuwanderungsgesetz ausgesetzt, so ist das häufig mit einem Arbeitsverbot verbunden. Die Folge: Die Betroffenen verlieren ihren Arbeitsplatz. Es werden ihnen auch – obwohl langjährig sozialversicherungspflichtig beschäftigt – Ansprüche auf Arbeitslosengeld verwehrt. Sie sind also abhängig von staatlichen Leistungen, die gegenüber Hartz IV-Leistungen in vielen Fällen um 35 Prozent abgesenkte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind. In Einzelfällen wird sogar die Unterbringung in Sammelunterkünften, so genannten Ausreiselagern, angeordnet.

Wir fordern:

- Deutschland braucht eine sofortige Bleiberechtregelung für die seit Jahren mit Duldung in Deutschland lebenden Flüchtlinge und ihre Familien, um ihre Integration zu ermöglichen.
- Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden.

In Deutschland lebt eine große Zahl „illegaler“ Menschen, die ihren Lebensunterhalt ohne Aufenthaltserlaubnis und ohne Rechtsansprüche in prekären Arbeitsverhältnissen

verdienen. Wir fordern die Legalisierung und Integration dieser Menschen. Zumindest müssen ihre grundlegenden Menschenrechte – wie der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und zu Bildung – sowie das Recht auf Entlohnung für geleistete Arbeit gesichert werden. Die Beratung und Unterstützung für diese Menschen darf nicht kriminalisiert werden.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das hat tiefgreifende Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung. Wir begreifen kulturelle Vielfalt als große Chance, zu einer weltoffenen, von gegenseitigem Verständnis und demokratischer Teilhabe geprägten Gesellschaft zu werden. Basis des Zusammenlebens sind die Grund- und Menschenrechte, die für alle gleichermaßen gelten. Voraussetzung für erfolgreiche Integrationspolitik ist deshalb die Gleichstellung aller hier lebenden Menschen. Integration ist ein zweiseitiger Prozess, der die schon lange hier lebenden Mitglieder einer Gesellschaft genauso fordert wie die neu eingewanderten und ist eine aktive Vermittlung zwischen Kulturen.

Für Integrationspolitik ist das Prinzip der Demokratie von zentraler Bedeutung. Es steht in einem engen Zusammenhang mit dem Grundsatz der Menschenwürde, den Menschenrechten sowie dem Rechts- und Sozialstaatsprinzip.

Die Linkspartei.PDS fordert deshalb:

Gleiche Rechte für alle!

Die Reform des Einwanderungsrechts: Die ökonomische Nützlichkeit der Einwanderungswilligen darf nicht Kriterium für demokratische Einwanderungspolitik sein;

Doppelte bzw. mehrfache Staatsbürgerschaft – Rücknahme der Ausbürgerungen zehntausender Deutscher türkischer Herkunft;

Schaffung von mehr Partizipationsmöglichkeiten, so die Einführung des kommunalen Wahlrechts für MigrantInnen aus Nicht-EU- Ländern als ersten Schritt hin zum allgemeinen Wahlrecht für dauerhaft hier niedergelassene MigrantInnen;

Chancengleichheit in der Bildung und beim Zugang auf den Arbeitsmarkt;

Unterricht und Medien in der Muttersprache;

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der Bildungs- und

Weiterbildungseinrichtungen;

Ein Antidiskriminierungsgesetz, das benachteiligten Bevölkerungsgruppen realen Schutz bietet;

Keine Altersgrenze für den Kindernachzug, Einhaltung der UN-Kinderrechts-Konvention.

Die Rücknahme des Vorbehalts gegen die UN-Kinderrechtskonvention ist längst überfällig. Die Regierung Kohl hatte die Konvention 1992 nur mit Vorbehalt ratifiziert. Dies hat dazu geführt, dass ausländischen und vor allem Flüchtlingskindern in Deutschland zahlreiche Rechte vorenthalten worden sind, die ihnen eigentlich zustünden. Auch Rot-Grün hat bislang den Vorbehalt nicht zurückgenommen. Der Deutsche Bundestag hat zwar mehrfach die Rücknahme der deutschen Vorbehalte sowie die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention im Ausländer- und Asylrecht verlangt. Bisher scheiterte dies jedoch immer wieder an der Haltung des Bundesinnenministers und der Länderregierungen.

Die Linkspartei.PDS fordert,

dass Flüchtlingskinder in Deutschland endlich wie Kinder behandelt werden. Sie müssen einen besonderen Schutz genießen.
Vor Einleitung ihres Asylverfahrens brauchen unbegleitete Flüchtlingskinder einen Vormund an der Seite, der sie im Verfahren unterstützt.
Die Kinder müssen einen eigenen Rechtsschutz erhalten. Sie dürfen nur abgeschoben werden, wenn vollständig sichergestellt ist, dass sie im Herkunftsland von ihrer Familie aufgenommen werden.
Eine Familienzusammenführung ist ihnen in jedem Fall zu ermöglichen.
Besonders wichtig: Als Kind ist jeder Mensch bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres zu behandeln (Art. 1 der Konvention).

Wer vor politischer Verfolgung oder vor Verfolgung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Weltanschauung oder ethnischer Zugehörigkeit flieht, muss hier Schutz und Aufnahme finden und ein Leben in Würde führen können.

Deshalb fordert die Linkspartei.PDS:

- Offene Grenzen für Menschen in Not!
- Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl;
- Harmonisierung der EU-Flüchtlingspolitik auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention als Mindeststandards;
- Abschaffung von diskriminierenden Sondergesetzen gegen Flüchtlinge wie das Asylbewerberleistungsgesetz, die Residenzpflicht, die Abschiebehaft und Ausreisezentren;
- Abschaffung von Kettenduldungen: Auch Flüchtlinge, die nur auf Zeit hier bleiben, brauchen eine klare Perspektive. Wer seit Jahren hier geduldet ist, muss ein Bleiberecht bekommen.
- Breiterer Zugang zum Arbeitsmarkt für hier lebende Flüchtlinge;
- Abschiebeverbot für traumatisierte Flüchtlinge;
- Legalisierung dauerhaft hier lebender Illegalisierter.

Die Lebenssituation von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund ist sehr unterschiedlich. Viele verstehen sich als gleichberechtigte Mitglieder der deutschen Gesellschaft. Für andere sind die Lebensbedingungen stark von Traditionen, Kultur und Werten der Herkunftsgesellschaft bestimmt, die sie häufig zur Unterordnung zwingen, sie auch zu Gewaltopfern machen. Frauenrechte sind Menschenrechte und die gelten für alle Frauen unabhängig von der Herkunft.

Die Linkspartei.PDS fordert daher:

- Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation von Frauen, die ihnen Rechtssicherheit geben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen;
- Förderung von Initiativen und Organisationen, die es Frauen mit Migrationshintergrund ermöglichen, Situationen gesellschaftlicher Isolation zu überwinden;
- leichterer Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Weichler
Für die Linkspartei Hessen